

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 11

Artikel: Schrot für Brüder : man nennt ihn "rechts" ganz ungeniert den Klassenfreund, der nicht pariert
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095094>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Man nennt ihn «rechts» ganz ungeniert
den Klassenfreund, der nicht pariert

Schrot für Brüder

Die lateinamerikanische Übersicht von Alphonse Max

In Chile hat die umfangreiche Streikbewegung unter den Bergleuten gezeigt, dass es mit der simplifizierenden Frontziehung zwischen der Arbeiterklasse und der bürgerlichen Opposition nicht sein Bewenden haben kann. Tatsächlich bestätigt die politische Landschaft, was sich in der sozialen Landschaft manifestiert. Die Spannungen zwischen der Regierung Allende und den revolutionären Extremisten sind so gross, dass man sich in Präsidialkreisen nicht scheut, sie bei guter Gelegenheit «rechtsextrem» zu nennen. Das zeigt nebenbei die Austauschbarkeit der Begriffe «linksextrem» und «rechtsextrem», was vor allem jenen zu denken geben sollte, die hier einen unvereinbaren Gegensatz zu proklamieren pflegen.

Der Kampf zwischen den Ultras und der Regierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende in Chile hat sich in den letzten Wochen verschärft, nachdem das MIR, die Bewegung des äussersten Flügels der Linken, harte Kritik an den «Revisionisten und Reformisten» der Regierung geübt hatte.

Die Schlacht zwischen links und links

In einer öffentlichen Erklärung wies das MIR die Behauptung Allendes zurück, die Extremisten beabsichtigten, im Zuge eines Planes von Gewaltmassnahmen, verschiedene Unternehmen zu besetzen.

Das MIR, die grösste extremistische Fraktion des Landes, bezeichnete Allendes Bezeichnung als «alarmierend» und beschuldigte ihn, die Arbeiterschaft zu bedrohen, indem er die Ziele ihrer Strassendemonstrationen entstelle. Die Regierung hatte nämlich mit bisher ungewohnter Festigkeit reagiert, und bei mehreren Gelegenheiten war die Polizei energisch gegen die Demonstranten vorgegangen. Das MIR richtete einen Aufruf zur Stärkung seiner Organisationen an die Massen und forderte sie auf, «diejenigen Massnahmen zu treffen, die sich als notwendig erweisen». Ferner erklärte die MIR-Organisation unter den Fabrikarbeitern, FTR (Revolutionäre Front der Arbeiter), sie würde mit den Fabrikbesetzungen fortfahren; auch kritisierte sie die Kommunistische Partei wegen ihrer Unterstützung der gegenwärtig von der Regierung verfolgten Politik, die Chiles Probleme nicht gelöst, sondern verschärft habe.

Zuerst die Basis umwälzen...

Der Mangel an lebenswichtigen Nahrungsmitteln in den Supermärkten, deren Verteilung jetzt vom Staat kontrolliert wird, hat buchstäblich Schlachten zwischen Käufern, die nach stundenlangem Schlangestehen ohne die erhofften Waren wieder abziehen müssen, zur Folge.

Hernan Aguilo, einer der Führer der FTR, prophezeite, dass das Volk «revolutionäre Umwälzungen vornehmen würde, falls die Regierung nicht das vom MIR und der FTR vorgezeichnete Programm erfüllt».

Obwohl Allende die Gefahr des MIR, das durch die katastrophale Wirtschaftslage bedeutend an Mitgliedern und Sympathisanten gewonnen hat, erkennt und mit drastischen Schritten versucht, die Ultras zu neutralisieren, wagt er nicht zuzugeben, dass die illegalen Besetzungen von Industriebetrieben und andere Gewaltakte von der Linken hervorgerufen werden. Er bestand darauf, dass das MIR von «Rechtsextremisten» infiltriert worden sei, die in Wirklichkeit für die intransigente Haltung dieser Organisation verantwortlich seien.

Die innenpolitischen Probleme Allendes beschränken sich jedoch nicht nur auf die aufrührerischen Reden und Taten der Ultralinken. Vor einigen Wochen tagten — zur gleichen Zeit, aber an verschiedenen Orten — die Zentralkomitees der Kommunistischen und der Sozialistischen Parteien (die Hauptträger der chilenischen Regierungskoalition Unidad Popular).

... oder zuerst den ideologischen Ueberbau sicherstellen?

Bei der Vollversammlung des ZK der Sozialistischen Partei zeichneten sich zwei verschiedene Tendenzen ab: die «gemässigte» oder «Allende-Linie» setzte sich durch gegenüber der «harten», vom Generalsekretär der Partei, Carlos Altamirano, geleiteten Fraktion, die bei verschiedenen Gelegenheiten der Regierung vorgeworfen hatte, den Revolutionsprozess nicht mit der notwendigen Schnelligkeit voranzutreiben.

Die Versammlung des ZK der Kommunistischen Partei stand dagegen unter dem Leitwort: «Das Volk in die Offensive zur Produktionserhöhung und Entwicklung der Wirtschaft.» Es wurde darauf bestanden, dass die Erhöhung der Produktion eine Intensivierung des ideologischen Kampfes sowie die Zerstörung der ultralinken Elemente wie MIR erfordere, weil diese einen Spannungsfaktor innerhalb der chilenischen Volksbewegung darstellten.

Als ersten Schritt zur «Intensivierung des ideologischen Kampfes» hatte die Regierung einen Erziehungsplan vorbereitet. Dieser musste jedoch vorläufig zurückgestellt werden, da sich grosse Sektoren der Schüler und Studenten, der

Lehrer und Professoren, der Eltern und der katholischen Kirche, ja sogar des Militärs der Durchführung des Planes widersetzten. 70 000 Mittelschüler streikten aus Protest über das Projekt der sogenannten Nationalen Einheitsschule, das sie als einen Versuch marxistischer Beeinflussung der Schüler und Studenten bezeichnen. Der Plan strebt unter anderem an, die Kinder zu Bürgern einer sozialistisch-humanistischen Gesellschaft zu erziehen.

Argentinien: Die grosse Beruhigung bleibt aus

In Argentinien tritt am 25. Mai der sozusagen als Strohmännchen gewählte Präsident José Campora sein Amt an. Ihn erwarten Schwierigkeiten unter anderem deshalb, weil die peronistische Macht nun bei ihrem Wahlkampf-Image behaftet werden wird. Die Arbeiterschaft verspricht sich kurzfristig eine bedeutende Verbesserung ihrer Lage, zum Beispiel durch massive Lohnerhöhungen bei gleichzeitigem Preisstopp. Wie das Campora bewerkstelligen will, ohne die jetzt schon chaotische Wirtschaftslage des Landes noch zusätzlich zu verschlechtern, ist jetzt sein Problem.

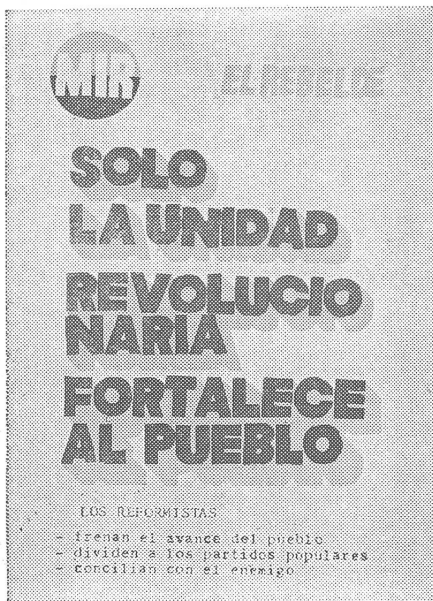
Aber auch der anhaltende Terror wird Campora nicht wenig Kopfzerbrechen bereiten. Obgleich sich die meisten Guerilla-Gruppen als peronistisch bezeichnen, ist kaum anzunehmen, dass sie sich nach Uebernahme der Regierung durch den Peronismus auf die Dauer völlig von der Gewalt abwenden werden. Auch die Tatsache, dass eine Reihe subversiver Organisationen nicht nur peronistische, sondern trotzkistische Unterstützung geniessen (Beispiel: ERP), spricht für eine Fortsetzung des Terrors, trotz der Erklärung des ERP-Chefs Santucho — der voriges Jahr aus einem Sicherheitsgefängnis in Argentinien ausbrach und in einem entführten Flugzeug nach Chile floh —, dass seine Bewegung nach dem 25. Mai ihre Waffen niederlegen und «nur» den «Kampf gegen die multinationalen Unter-



In Chile hat die Regierung ihr Projekt für die ENU, die «Nationale Einheitsschule», vorderhand zurückgestellt. Die Opposition bezeichnete es als ein Instrument zur ideologischen Gleichschaltung der Jugend.

Darauf nimmt diese Karikatur in der oppositionellen Zeitschrift «Sopa» (Santiago) Bezug:

«Höhere Jungelchen, von jetzt an brauchst du nur mit deinen Büchern zur Schule zu kommen; die ENU ist bis zum nächsten Jahr verschoben.»



Wenn man in chilenischen Präsidialkreisen dem revolutionär gesinnten MIR Rechtsextremismus vorwirft, so revanchiert sich diese Organisation, indem sie die Regierung reformistisch und verräterisch nennt. Dafür zeugt dieses Titelblatt der MIR-Zeitschrift «El Rebelde» (4. April 1973), das folgende Aussagen plakatiert:

Einzig die revolutionäre Einheit gibt dem Volk seine Stärke.

Die Reformisten

- hemmen den Vormarsch des Volkes
- entzweien die Parteien des Volkes
- versöhnen sich mit dem Feind

nehmen» fortsetzen wird. «Wir unterstützen den radikalen Peronismus», fuhr er fort, «wenngleich nicht den Peronismus in seiner Gesamtheit, der zahlreiche Links- und Rechtsströmungen umfasst».

Dass die Terroraktionen nach Camporas Amtsantritt entgegen Perons Prophezeiung nicht plötzlich abbrechen werden, ist auch aus der verstärkten Terrorwelle ersichtlich, die seit einigen Wochen unaufhaltsam über Argentinien fegt und sich besonders in Gewalttaten gegen Militärs äussert. Abwechselnd finden Entführung und Ermordungen hoher Offiziere, Bomben- und Brandattentate statt. Vor kurzem starb ein Rekrut, als ihm eine starke hausgemachte Plastikbombe in der Hand explodierte. Ziel dieses Terroristenangriffs war der Sitz des Oberkommandos der Marine. Das Opfer des Attentats hätte am gleichen Tag seine Dienstzeit beendet. Seine Komplizen sitzen im Gefängnis und werden wohl kaum vor Amtsbeginn der neuen Regierung verurteilt werden. Nachdem nun die Peronisten mit voller Lautstärke eine totale Amnestie für alle Gefangenen fordern, die sogenannte politische Verbrechen begangen haben, zu denen nach ihrer Meinung auch Bombenattentate, Morde und Entführungen gehören, ist zu erwarten, dass den inhaftierten Mitgliedern der subversiven Zellen baldige Freiheit winkt. Aber diese mörderischen Angriffe auf Offiziere erscheinen vom peronistischen Standpunkt aus völlig überflüssig, da wohl kaum jemand in Argentinien in Frage stellte, dass die Militärs zur gege-

benen Zeit die Regierung an die Peronisten übergeben würden.

Die Gerüchte, dass Campora Milizen aufstellen wolle, als Gegengewicht zu den regulären Streitkräften, wurde vom gewählten Präsidenten in Madrid bestritten. Auch die von Peron angeordnete Absetzung des Führers der Jungperonisten, Rodolfo Galimberti, beruhe nicht auf dessen Insistenz, Milizen zu schaffen. Galimberti hatte sich für die Aufstellung paramilitärischer Verbände von Jungperonisten ausgesprochen, aber Campora betonte, wenn in Argentinien überhaupt dergleichen Verbände geduldet würden, dann höchstens «jungperonistische Arbeitsmilizen, die zum Wohl des Vaterlandes freiwillige Arbeit leisten werden.»

Mexiko: Kann China mithalten?

Der Präsident von Mexiko, Luis Echeverria, verbrachte einen Monat auf Staatsvisiten nach mehreren westlichen und östlichen Ländern.

Hauptobjekt sollte die Ausbreitung der Handelsbeziehungen sein, da Mexikos Wirtschaftsbindung an die USA (die Mexikos Partner in 75 Prozent seines Aussenhandels sind) à la longue für schädlich gehalten wird. Aber der neue Standpunkt Mexikos erweckte kaum Initiativen seitens der von Präsident Echeverria besuchten westlichen Länder — Kanada, Grossbritannien, Belgien und Frankreich —, und der wirtschaftliche Erfolg der Reise blieb dementsprechend gering.

In Frankreich war allerdings nicht so sehr die Kontaktaufnahme zur Regierung Pompidou von Bedeutung, als das Treffen mit dem wieder starken Mann Argentiniens, Juan Domingo Peron, das in der mexikanischen Botschaft in Paris stattfand. Wenn man die radikale antiamerikanische Haltung Perons und seine sehr engen Kontakte zu den arabischen Regierungen berücksichtigt, dürfte der Tenor des Gesprächs zwischen dem Argentinier und dem Mexikaner ziemlich transparent sein. Hinzu kommt die von Echever-

ria an Peron ausgesprochene Einladung, in den nächsten Wochen als Regierungsgast Mexico-City zu besuchen. Die sich so abzeichnende Achse Mexiko—Buenos Aires, von der Nordbis zur Südspitze Lateinamerikas, ist offensichtlich sowohl gegen den an sich schon verminderten Einfluss Washingtons als zwangsläufig auch gegen den Hegemonieanspruch Brasiliens gerichtet.

Die interessanteste Etappe der Reise des mexikanischen Präsidenten dürfte Peking gewesen sein. Nachdem Echeverria in der Sowjetunion nach dem bekannten lauwarmen Schema für Staatsvisiten behandelt wurde, bereiteten ihm die Chinesen einen betont freundlichen Empfang. Dabei versäumten die Gastgeber nicht, die geschichtliche Koinzidenz zwischen den beiden Ländern zu betonen, nämlich territoriale Verluste (ein Schuss sowohl gegen die UdSSR wegen Sibirien als auch gegen die USA wegen Neumexiko, Kalifornien und Arizona).

In diesem Zusammenhang wäre zu erwähnen, dass Peking Mexiko einen führenden Platz unter den Ländern der sogenannten Dritten Welt bescheinigte. Daraus wäre zu schliessen, dass China immer aktiver und zielstrebig die Rolle als Wortführer jener Nationen zu übernehmen gedenkt, die ausserhalb der bestehenden östlichen und westlichen Pakte und Bündnisse ihren politischen Standort bezogen haben. Dass Mexiko innerhalb dieses globalen Konzepts Chinas eine wichtige Rolle spielen soll, ist schon daraus ersichtlich, dass Präsident Echeverria mit Parteichef Mao Tse-tung und Premier Tschu En-lai insgesamt längere Zeit verbracht hat als mit allen anderen hohen Gastgebern zusammen, und es ist auch erklärlich, weil Anfang nächsten Jahres eine Konferenz aller lateinamerikanischer Präsidenten in Mexiko stattfinden soll. Somit eröffnet sich Peking in der amerikanischen Hemisphäre eine neue politische Front gegen die USA einerseits und gegen den zunehmenden sowjetischen Einfluss andererseits. ■

Der Buchtip

Friedrich Wiener: «Soldaten im Ostblock», J. F. Lehmann Verlag, München 1972, 208 Seiten.

Der vorliegende Bilderband zeichnet anhand vieler im Westen meist unveröffentlichter Photos ein Bild des heutigen Soldaten in den kommunistischen Streitkräften. Der erste Abschnitt ist eine Einführung in die Thematik. Dann folgt der «Alltag des Soldaten». Hier ist der tägliche Dienst vom Kasernenhof bis zur Gefechtsausbildung in Wort und in Photos festgehalten. Der «Festtag der Soldaten» bringt Aufnahmen von Vereidigungen, Paraden und Feierlichkeiten, die seit Jahren im offiziellen Mittelpunkt von Staatsfeiern im Ostblock stehen. Die «Grossen Manöver» stellen Höhepunkte in der militärischen Ausbildung dar, und im Kapitel «Einsätze» reicht die Thematik von der Katastrophenhilfe über die Grenzwa- che bis zur Invasion der WP-Streitkräfte in die Tschechoslowakei am 21. August 1968. Sowohl das Bildmaterial wie auch der knappe, aber informative Text machen den Band zu einer Dokumentation ersten Ranges und ver-

mitteln ein anschauliches Bild über ein Thema, das man im parallelen Fall im Westen als «Erzmilitarismus» abstempeln würde, im Osten jedoch nur «Dienst am Volk und Dienst am Frieden» nennt. A. B.

Manfred Hellmann (Herausgeber): «Osteuropa in der historischen Forschung der DDR». Droste Verlag, Düsseldorf 1972, Bd. I—II.

Das in fünf grosse Kapitel gegliederte Werk, dessen zweiter Band der Bibliographie und den biographischen Notizen gewidmet ist, vermittelt uns einen wissenschaftlich fundierten Bericht über ein Wissensgebiet, von dem bisher wenig bekannt war. Die beiden Bände Hellmanns beweisen, dass eine sogenannte «Ostforschung» auch in der DDR vorhanden ist, und die im zweiten Band aufgezählten 5532 Titel zeugen von einer reichhaltigen Auslese der DDR-Historiker, die von der Vor- und Frühgeschichte Russlands und Polens bis zur Gründung der DDR (1949) unzählige Arbeiten produzierte. Ein Sonderkapitel beschäftigt sich mit der Polemik der DDR-Historiker gegenüber der Ostforschung des Westens. Der sogenannten Lenin-Forschung in der DDR wird auch ein Kapitel eingeräumt. A. B.